Konferenz der Mathematischen Fachbereiche

Protokoll der

26. Plenarversammlung am 12. Mai 2001 in Aachen

Ort: RWTH Aachen, Zeit: 13 – 18 Uhr
Sitzungsleitung: Prof. Dr. Volker Enß
Protokoll: Olaf Post, Britta Sommer, Aachen

Teilnehmer:	RWTH Aachen	A Krieg	
	U Augsburg	L. Heinrich	
	U Bayreuth	H.-J. Pesch	
	FU Berlin	G. Berendt	
	HU Berlin	H. Baum	
	TU Berlin	R. D. Grigorieff	
	U Bochum	W. Bartenwerfer	
	U Bonn	K. Scherer	
	U Bremen	H.-E. Porst	
	TU Chemnitz	J. vom Scheidt	
	TU Clausthal	W. Klotz	
	TU Cottbus	H. Fröhner	
	TU Darmstadt	K.-H. Neeb	
	U Dortmund	H. Blum	
	TU Dresden	R. Kühne	Beirat
	U-GH Duisburg	W. Haußmann	
	U Düsseldorf	F. Grunewald	
	U Eichstätt	H.-P. Blatt	
	U Frankfurt/Main	J. Weidmann	
	TU Bergakad. Freiberg	I. Schiermeyer	
	U Freiburg	W. Soergel	
	U Gießen	M. Buhmann	
	U Göttingen	H. Kriete	
	U Greifswald	B. Kugelmann	
	U Halle-Wittenberg	G. Stroth	DMV
	U Hamburg	R. Hass	
	U Hannover	E. Mues	
	U Heidelberg	H. Matzat	Beirat
	TU Ilmenau	B. Marx	
	U Jena	E. Hertel	
	U Kaiserslautern	W. Freeden	
	U Karlsruhe	G. Alefeld	GAMM
	U Köln	D. Huybrechts	
	U Konstanz	L. Kaup	
	MU Lübeck	B. Fischer	
	U Magdeburg	G. Christoph	
	U Mainz	K. Doerk	

U Marburg	F. W. Knöller	
TU München	H. Spohn	
U München	H. Kalf	
U Oldenburg	K. Reiss	GDM
U Osnabrück	H. Spindler	
U-GH Paderborn	P. Bender	
U Potsdam	M. Klein	
U Regensburg	E. Kunz	
U Rostock	R. Strecker	
U Saarbrücken	R. Schulze-Pillot-Ziemen	
U-GH Siegen	F.-J. Delvos	
U Stuttgart	G. Blind	
U Trier	R. Tichatschke	
U Ulm	W. Kratz	
U Würzburg	H. Heineken	

V. Enß	Sprecher KMathF
E.-U. Gekeler	Beirat KMathF
I. Kersten	Beirat KMathF
J. Kallies	als Gast für Math-Net
T. Reil	als Gast für die HRK
G. Schmidt	als Gast für die MNU

TOP 1: Eröffnung, Genehmigung der Tagesordnung

Als Sprecher der KMathF begrüßt Herr Enß die Versammelten. Herr Rauhut, der Rektor der RWTH Aachen, stellt die RWTH Aachen vor und spricht als Gastgeber gute Wünsche zum Erreichen der gesteckten Ziele aus. Herr Krieg, der Dekan der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften, weist auf die Studierendenkonferenz hin, die dieses Jahr separat von der DMV-Tagung vom 12. bis 14.09.2001 in Aachen stattfindet.

Die mit der Einladung verschickte Tagesordnung wird mit folgender Reihenfolge beschlossen:

1. Eröffnung, Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Plenarversammlung 2000
3. Wahl zweier Kassenprüfer
4. Bericht des Sprechers
5. Rahmenordnung Diplomprüfung Mathematik
6. Stand Bachelor/Masterstudiengänge
7. Akkreditierung
8. Lehrerbildung
9. Multimediale Unterstützung der Lehre
10. Math-Net-Projekt
11. Statistik über Studiendauer und Anfängerzahlen
12. Kassenbericht, Entlastung des Sprechers und seines Stellvertreters
13. Wahlen (Sprecher und Beirat)
14. Entwicklung in den Ländern (Berichte aus den Fachbereichen)
15. Verabschiedung von Resolutionen
16. Verschiedenes

Die Beschlußfähigkeit der Versammlung wird festgestellt. Die Versammelten geben ihr Einverständnis für einen Tonbandmitschnitt zu Protokollzwecken.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Plenarversammlung 2000

Das Protokoll der 25. Plenarversammlung am 20. Mai 2000 in Dresden wird einstimmig genehmigt.

TOP 3: Wahl zweier Kassenprüfer

Die Herren E. Hertel, Universität Jena, und M. Klein, Universität Potsdam, werden durch Akklamation als Prüfer des Kassenberichts gewählt.

TOP 4: Bericht des Sprechers

Die Arbeit der mathematischen Fachbereiche wird sowohl von allgemeinen hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Änderungen beeinflußt als auch von fachspezifischen, auf die wir später zuückkommen.

Durch die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) und die nachfolgenden Landesgesetze wird die Organisationsstruktur der Hochschulen dahingehend geändert, daß generell *Entscheidungskompetenzen* zu starken Hochschulleitungen und Dekanen hin verlagert werden, weg von Hochschulgremien, in geringem Umfang auch weg von Ministerien.

Die Ausstattung der Hochschulen mit *Finanzmitteln* und *Stellen* nimmt tendenziell ab. In NRW soll z.B. ein Liegenschaftsamt von den Mieteinnahmen, die von den Hochschulen für die von ihnen genutzten Bauten zu zahlen sind, 25% Gewinn an den Finanzminister abführen! Vielerorts werden Mittel nur noch befristet als Sonderprogramme mit wechselnden Zielsetzungen ausgelobt, so daß für die Aufrechterhaltung des status quo ante bei den Arbeitsbedingungen immer mehr Zeit für die Formulierung von Anträgen verloren geht.

Fast bundesweit werden die Hochschulen gedrängt, konsekutive *Bachelor- und Masterstudiengänge* einzuführen, in manchen Fällen sogar gezwungen. Waren bisher die Länderministerien für die Prüfung und Genehmigung von Studiengängen zuständig, so soll die Prüfung zukünftig von *Akkreditierungsagenturen* übernommen werden, die es in Trägerschaft von Bundesländern, von Fachverbänden oder auch als kommerziell orientierte Agenturen geben wird. Diese und ähnliche Fragen werden in TOP 6 und 7 eingehend diskutiert.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) wirbt um *Studienanfänger*, doppelt so viele wie bisher sollen ein Hochschulstudium absolvieren, insbesondere dreijährige Kurzstudiengänge. Eine besser fundierte Begründung als nur der vage Hinweis auf den „internationalen Vergleich“ erreicht weder die Presse noch die öffentliche Diskussion.

Evaluierungen von erbrachten Forschungsleistungen sowie von Forschungsprojekten gehören zu unserem Alltag. Es gibt eine i.a. gut funktionierende Begutachtungspraxis für Berufungen, Projektanträge und – seltener – Institute. Das System wäre völlig überfordert, sollte für die Feststellung einer „angemessenen leistungsbezogenen“ Besoldung die Arbeit jedes einzelnen Hochschullehrers regelmäßig evaluiert werden, wie es im Entwurf für die Professorenbesoldung vorgesehen ist. Für eine sachgerechte unabhängige Bewertung müssten die besten Köpfe eingesetzt werden, doch diese sollten zugunsten guter mathematischer Arbeit eher entlastet werden und nicht zusätzlich administrativ belastet werden. Auch die vorgesehenen regelmäßigen „Auffrischungen“ der Akkreditierung sind mit großem Begutachtungsaufwand verbunden. Für die kürzliche Evaluierung aller Hochschulen in NRW durch einen Expertenrat wurden Materialien angefordert, die viele hundert Aktenordner prall gefüllt haben. Es lässt sich leicht abschätzen, dass das meiste davon nie angesehen werden kann. Die dafür aufgewandte Arbeitszeit fehlt schmerzlich bei wichtigen Aufgaben der Universitäten.

Zu den fachspezifischen Sorgen gehören die nach dem Einbruch vor einigen Jahren immer noch niedrigen *Anfängerzahlen* in den mathematischen Studiengängen. Der Rückgang hat nicht nur das Hauptstudium sondern inzwischen auch die Promotionsphase erfasst. An vielen Hochschulen ist es schwierig, gut qualifizierte studentische Hilfskräfte, Wissenschaftliche

Mitarbeiter oder Stipendiaten in Graduiertenkollegs zu finden. Vielerorts werden zusätzlich anwendungsbezogene Kombinationsstudiengänge (Wirtschafts-, Finanz-, Bio-, Technomathematik etc.) eingerichtet, was traditionellen Idealvorstellungen von der Mathematik als einer universal einsetzbaren Wissenschaft etwas zuwiderläuft. Ob durch die gewachsene Vielfalt mehr geeignete Schulabgänger für ein Mathematikstudium gewonnen werden können, muss die Zukunft zeigen.

Für die meisten von uns haben der Computer und das Netz unsere Alltagsarbeit deutlich verändert, in geringerem Maße auch die mathematische Forschung. Demgegenüber haben sich die Veränderungen in der Lehre meist noch viel weniger ausgewirkt. Im Hinblick auf große anwendungsbezogene Forschungsprojekte und auch auf den Wettbewerb um Studienanfänger scheint es mir wichtig, mit der Informatik stärker arbeitsteilig zu kooperieren. Die gegenseitige Abgrenzung voneinander sollte zurückgedrängt werden, auch für die Außendarstellung ist eine Betonung der Gemeinsamkeiten eher erfolgversprechend.

Herr Matzat berichtet anschließend von der diesjährigen *Jahresversammlung der Hochschulrektorenkonferenz* (HRK) in Mannheim. Das Thema war die Autonomie der Hochschulen: Die finanzielle Autonomie, die Planungsautonomie (Schwerpunkte setzten) sowie die Verteilungsautonie (Schaffung von Attraktivität, Autonomie bei der Zulassung von Studierenden, Studiengebühren). Der Rektor einer Hochschule werde immer mehr Managerfunktionen übernehmen. In ihrem Vortrag betonte Frau Limbach, dass das Recht auf Wissenschaft und auf freie Forschung sehr hoch einzuschätzten sei. Sie sieht die Stärkung von Dekanen und Hochschulrektoren kritisch und spricht von „weniger demokratischen Organisationsformen“. Frau Schawan berichtete von Untersuchungen des Wissenschaftsrates, in denen eine niedrige Absolventenquote im internationalen Vergleich, eine zu lange durchschnittliche Studiendauer, eine große Abbrecherquote und ein Bewerbermangel in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen festgestellt werde.

Herr Reil weist als Vertreter der HRK darauf hin, dass sämliche Reden und das Protokoll unter der Adresse `http://www.hrk.de` abgerufen werden können. Herr Reil berichtet von der aktuellen Vorlage für die Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) und der Professorenbesoldung. Die entsprechenden Unterlagen sind an alle Hochschulen versandt worden.

Herr Stroth spricht für die DMV das Problem der Öffentlichkeitsarbeit der DMV an. Er appelliert an die Anwesenden, für die DMV unter Kollegen Werbung zu machen. Er weist auf das Angebot der DMV hin, besonders herausragenden Absolventen eine kostenlose einjährige Mitgliedschaft in der DMV zu gewähren.

Herr Enß berichtet von der Gründung eines Allgemeinen Fakultätentages (AFT) als Gegengewicht zur HRK, da in der HRK die Interessen der Universitäten gegenüber denen der Fachhochschulen nicht angemessen vertreten seien. Präsident des AFT ist Herr Grimm, Romanistikprofessor aus Jena (Vorsitzender des Philosophischen FT). Dem Präsidium gehören außerdem Herr Huber aus Jena (Vorsitzender des Juristischen FT) und Herr Lehnert aus Erlangen (Vorsitzender des Medizinischen FT) an. Der AFT hat eine Presseerklärung zur Einrichtung von Juniorprofessuren und zur Habilitation abgegeben. Er hat sich ausdrücklich für die Beibehaltung der Habilitation *als Möglichkeit* ausgesprochen.

Herr Enß regt eine Disskusion zum Thema Juniorprofessur und Habilitation an. Er sieht die Gefahr, dass es für den wissenschaflichen Nachwuchs schwer zu vereinbaren ist, neben der Forschung und Lehre auch noch administrative Aufgaben zu übernehmen. Desweiteren sieht er in der Mathematik nicht die Gefahr, dass durch das Erfordernis der Habilitation das Fortkommen verheißungsvoller Karrieren gebremst wird. Er weist darauf hin, dass auch heute schon die Habilitation keine notwendige Voraussetzung für eine Professur ist.

Auf Nachfrage, ob die Nachteile der Assistenzprofessur bei der Schaffung von Juniorprofessuren vermieden werden, antwortet Herr Reil, dass diese Problematik im bisherigen

Referentenentwurf nicht berücksichtigt wurde und er weist darauf hin dass auch die HRK sich gegen die Abschaffung der Habilitation gewandt hat. Bei dem momentanen Stand der Referentenentwürfe wurde noch nicht behandelt, wie hoch das Lehrdeputat einer Juniorprofessur sei und wie es in der Kapazitätsrechnung berücksichtigt werde.

Herr Matzat sieht eine Analogie zur Situation in Frankreich. Dort gibt es die Stelle eines „maître de conférence", die er wegen der hohen Lehrverpflichtung für problematisch hält, da praktisch keine Zeit mehr zum Forschen bleibt.

Es scheint, dass in der Mathematik das Durchschnittsalter bei der Habilitation deutlich unter 40 Jahren liegt. Wenn die Möglichkeit der kumulativen Habilitation bestehen bleibt, bestehe kein Grund, die Habilitation abzuschaffen. Diese Äußerung stößt auf allgemeine Zustimmung. Herr Enß regt die Vorbereitung einer Resolution zur Juniorprofessur und zur Habilitation an.

Herr Reil weist darauf hin, dass die Personalmittel trotz Schaffung von Juniorprofessuren unverändert bleiben und sieht Probleme bei der Ausstattung einer solchen Stelle.

Eine deutliche Mehrheit der Teilnehmer ist für eine kritische Stellungnahme gegenüber der Einführung der Juniorprofessur. Herr Behrend und Herr Hass erklären sich bereit, die Formulierung eines Resolutionsentwurfes zu übernehmen.

Herr Pesch fragt nach der Stellung des Mathematisch-Naturwisschenschaftlichen Fakultätentages (MNFT) im Allgemeinen Fakultätentag (AFT) und möchte wissen ob auch andere Institutionen außer Fakultätentagen beitreten können. Herr Enß berichtet dass der MNFT wesentlich bei der Gründung des AFT mitgewirkt hat.

Herr Enß erwähnt einen weiteren Tagesordnungspunkt beim MNFT: Sogenannte „Scheinstudierende" würden die Abbrecherquote stark erhöhen. Er weist darauf hin, dass sich eine realistische Anfängerzahl nur durch die Zahl der Teilnehmer in den Übungen zu den Anfängervorlesungen ermitteln lässt.

TOP 5: Rahmenordnung Diplomprüfung Mathematik

Obwohl nach langjährigen Beratungen die Gemeinsame Kommission (GemKo) von HRK und KMK auf Vorschlag der Fachkommission Mathematik eine Regelstudienzeit von zehn Semestern für Diplom (und Master) im Fach Mathematik vorgeschlagen hatte, wies die KMK im Oktober 2000 die Rahmenordnung Diplomprüfung Mathematik zurück und bestand mit Hinweis auf eine Erklärung der Ministerpräsidenten von 1993 auf neun Semestern Regelstudienzeit. Die gesamte inhaltliche Diskussion wurde damit vom Tisch gewischt zugunsten einer nie inhaltlich begründeten politischen Vorgabe. Herr Reil gab einen kurzen Überblick über die momentane Verhandlungssituation. Er führte aus, dass zur Zeit keine gemeinsam tragbare Lösung in Sicht sei. Da sich ähnliche Pattsituationen auch in der Chemie und in den Geowissenschaften anzubahnen scheinen, erwäge die HRK einen Ausstieg aus dem bestehenden Festsetzungsverfahren. Die momentane Empfehlung sei, bei der lokalen Studiengangsplanung nicht die Paragraphen der Rahmenordnung zu Rate zu ziehen, sondern die inhaltlichen Empfehlungen der Fachkommission. Die weitere Entwicklung sei noch nicht abschätzbar, da die KMK aus Paragraph 9 des Hochschulrahmengesetzes ihr Recht auf das abschließende Ja-Nein-Urteil ableite.

TOP 6: Stand Bachelor/Masterstudiengänge

Frau Kersten legte den Teilnehmern Listen all jener Hochschulen und Universitäten vor, die im Mai 2001 Bachelor-, Master- bzw. internationale Studiengänge anboten. Nach Berücksichtigung von Korrekturen und Ergänzungen konnte festgehalten werden, dass 30 Hochschulen/Universitäten den Bachelor und 13 den Master im Bereich der Mathematik anboten oder die Einrichtung solcher Studiengänge konkret planten. Im Mai 2000 handelte es sich nur um 14 Bachelor und 8 Masterstudiengänge, bzw. internationale Diplome. Frau Kersten stellte Vorgaben für Bachelor- Masterstudiengänge vor, die im Mai 2000 von der Arbeitsgruppe anläßlich einer Tagung in Bonn aufgestellt worden waren, wobei die Vorgaben der KMK von 1999 zu Grunde lagen. Bachelor- und Masterstudiengänge sollten demnach gekennzeichnet sein durch ganzjährige Zyklen, Modularisierung, das Leistungspunktsystem und die Akkreditierung. Des weiteren sollten Übergänge zwischen Diplom- und Bachelor/Masterstudiengängen möglich sein. Die Gleichwertigkeit von Master und Diplom solle gewährleistet werden. Der Bachelor solle als berufsqualifizierend gelten und der Master einen berufsqualifizierenden Abschluss voraussetzen. Als Diskussionspunkte führte sie die Frage nach der Berufsqualifikation durch den Bachelor an, die Frage nach den zusätzlichen Chancen, die der Master bieten kann, die Frage nach der langfristigen Entwicklung und dem Aufbau der Module, sowie die Frage nach möglichen Qualitätsstandards. Frau Kersten unterbreitete den Vorschlag, eine Arbeitsgruppe zu beauftragen, die einen Katalog für Qualitätsstandards so erstellen solle, dass diese als Richtlinien und Empfehlungen für Akkreditierungsagenturen dienen könnten. Herr Enß fügte hinzu, dass das Ziel dieser Arbeitsgruppe ein Einvernehmen sei, an das sich die meisten Fachgruppen halten sollten. Die KMathF habe keine Möglichkeit Vorschriften zu erlassen. Als Teilnehmer der Arbeitsgruppe wurden unter der Federführung von Frau Kersten, Herr Keimel aus Darmstadt, Herr Matzat aus Heidelberg sowie Herr Pesch aus Bayreuth benannt. Zudem wurde Herr Kornhuber von der FU Berlin als möglicher Teilnehmer vorgeschlagen.

Von Frau Kersten wurde auch ein Modell der Planung eines Bachelor/Masterstudiengangs in Anlehnung an die Ergebnisse der Bonner Arbeitsgruppe vorgelegt.

TOP 7: Akkreditierung

Einleitend wurden die Hintergründe des Themas kurz von Herrn Enß erläutert. Er berichtete, dass die Akkreditierung eines Studienganges durch sogenannte Akkreditierungsagenturen durchgeführt wird. Diese wiederum werden vom Zentralen Akkreditierungsrat akkreditiert. Der Rat erteilt den einzelnen Agenturen die Erlaubnis zur Ausübung ihrer Tätigkeit und er kann sie ihnen auch wieder entziehen. Agenturen können beispielsweise speziell für ein Bundesland oder für eine Fachgruppe gegründet werden. Um die Diskussion der Studiengänge unter fachfremden Gesichtspunkten zu vermeiden, existiert unter Federführung der Chemie eine Initiative zur Gründung einer Akkreditierungsagentur für alle Naturwissenschaften einschließlich der Mathematik und der Informatik. Die KMathF ist bisher bezüglich dieser Entwicklung nur in Form eines unterstützenden Schreibens tätig geworden, in dem die Initiative befürwortet und in dem die DMV als der angemessene Ansprechpartner hervorgehoben wurde. Im weiteren berichtete Herr Stroth von der DMV über die aktuelle Entwicklung. Er erläuterte, dass die Gründung neuer Agenturen eng verknüpft sei mit dem Interesse an der Durchsetzung von Rahmenordnungen für den Masterstudiengang. Zudem bestehe z.B. in NRW jener Erlass, nach dem neue Studiengänge akkreditiert werden müssen, um zugelassen werden zu können. Zur Zeit existierten vier große zugelassene Agenturen, von denen die niedersächsische die größte sei. Diese Agenturen würden auch in besagtem Erlass aufgeführt. Es sei allerdings auch eine Frage des Preises, welche Agentur gewählt werden könne oder müsse. Auf dem Wunsch, Akkreditierungen möglichst in enger Verbindung zum Fach durchzuführen, beruhe die Idee, eine eigene Agentur für alle Naturwissenschaften einschießlich der Mathematik und Informatik zu gründen. Die Satzung dieser Agentur sei bereits aufgestellt und für den 6. Juli 2001 sei die Gründungsversammlung des eingetragenen Vereins vorgesehen. Die Agentur solle in Mitliedsgruppen gegliedert werden: wissenschaftliche Vereinigungen, Fachbereichs- und Fakultätentage, Berufspraxis, sowie Studenten, bzw. bundesweit organisierte Fachschaften. Die 26 köpfige Kommission solle dabei durch 12 Vertreter der Hochschulen, 6 Vertreter der Fachhochschulen, 6 Vertreter der Industrie und 2 Vertreter der Studentenschaft gebildet werden. Die Finanzierung der neu gegründeten Agentur müsse der Vorgabe des Akkreditierungsrates Rechnung tragen, dass sie keine nennenswerten Gewinne machen dürfe. Die nötige Anschubfinanzierung solle zunächst mit Hilfe der DACH aufgebracht werden, jener Agentur, die schon seit langem und erfolgreich Chemielabors akkreditiert. Die neu zu gründende Agentur könne die Verwaltungsstrukturen der DACH nutzen, Kosten fielen nur bei der Ausführung tatsächlicher Aufträge an. Die kalkulierten Kosten für die ersten zwei Jahre beliefen sich auf 300 000 DM. Sie seien über Mitgliedsbeiträge aufzubringen, wobei 250 000 DM von der Industrie getragen werden sollten.

In der anschließenden Diskussion, wurde die Frage nach der Pflicht der Hochschulen zur Akkreditierung gestellt. Es wurde unter anderem an den Beispielen von Bremen und Göttingen und dem Nordrhein-Westfälischen Erlass aufgezeigt, dass zur Zulassung neuer, gestufter Studiengänge eine Akkreditierung unumgänglich sei. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit einer Einflussnahme auf andere, neue, stark „mathematikhaltige“ Studiengänge eventuell von einer Akkreditierung abhängen könne. Die Frage nach der Übernahme der Kosten einer Akkreditierung durch Hochschulen und Fachbereiche wurden an den Beispielen Bremen und Darmstadt diskutiert. Im Hinblick auf die Integrität und Korrumpierbarkeit möglicher Agenturen über den Preis wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, sich beim Akkreditierungsrat über eine Agentur zu beschweren. Bezüglich der Kriterien für die Akkreditierung eines Studienganges erklärte Herr Stroth, dass diese noch durch die wissenschaftliche Seite zu erarbeiten seien. Es gehe bei der Akkreditierung um Fragen der Ausstattung des Fachbereichs genauso, wie um die Frage nach der Sinnhaftigkeit des geplanten Studiengangs und seine berufsqualifizierenden Eigenschaften.

TOP 8: Lehrerbildung

Herr Enß berichtet von einem Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK), dass zum Schuljahreswechsel ein Lehrer von einem Bundesland in ein beliebiges anderes wechseln kann. Außerdem berichtet er von Bestrebungen in den neuen Bundesländern, die Schulzeit auf 13 Jahre zu verlängern, während es in den alten Bundesländern die Tendenz zu 12 Jahren gibt. Der Expertenrat in NRW fordert die RWTH dazu auf, als wesentliches Ausbildungsziel die Lehrer darauf vorzubereiten, „Technikbegeisterung“ zu wecken. Herr Enß weist auf die Wittenberger Erklärung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte (GDNÄ) hin, in der ein Katalog von Grundbegriffen genannt wird, die im naturwissenschaftlichen Unterricht der Schule vermittelt werden sollten. Ein weiteres Problem ist die Einstellung von Lehramtsstudiengängen an mehreren Universitäten. Trotz vorhersehbaren Lehrermangels wird dies mit fehlendem Bedarf begründet.

Frau Reiss von der Gesellschaft für Didaktik der Mathematik (GDM) berichtet von der gemeinsamen Erklärung von GDM und DMV. Verschiedende Studien (TIMMS, PISA) zeigen den mangelnden Wissensstand der Schüler im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Gleichzeitig wird die Forderung nach mehr Schülern/Studierenden in diesen Fächern laut. Die Hauptthese der Erklärung ist die Forderung, dass die Lehramtsausbildung (Sek II) in die entsprechende Forschung an der Universität eingebettet sein sollte. Weiterhin sollten die wissenschaftlichen und fachdidaktischen Lehrangebote besser aufeinander abgestimmt werden. Wichtig ist auch die gemeinsame Ausbildung von Lehramtsstudierenden und Diplomstudierenden im Grundstudium. Dagegen ist im Hauptstudium für Lehramtsstudierende eher ein übergreifendes Wissen als zu detaillierte mathematische Bildung sinnvoll. Ein weiterer Punkt der Erklärung ist die Forderung nach verbindlichen, fachlich betreuten Schulpraktika schon von Anfang an.

Herr Schmidt vom Förderverein für den Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Unterricht (MNU) sieht deutliche Defizite im Lehramtsstudium: Vertiefung in schulrelevanten

Gebieten (Analysis, Geometrie, Stochastik), Vernetzung von mathematischen Teilgebieten, Anwendungsdefizite, Reflexion über Mathematik.

Diskussion:
Herr Christoph spricht die Problematik der verschiedenen Gewichtung mathematischer Teilgebiete in der Ausbildung an.

Herr Bartenwerfer merkt an, dass durch die Wahlmöglichkeiten der Schüler sich schwer gemeinsame Gebiete finden lassen, für die man Anwendungen der Mathematik vorstellt.

Herr Enß weist auf eine dem MNFT vorgelegte Resolution hin, die an die Studierenden die Empfehlung ausspricht, aufeinander bezogene Schulfächer im Lehramtsstudium zu kombinieren. Außerdem weist er darauf hin, dass einige Lehramtsstudierende die Mathematik nur als Einstellungsvorteil zu dem sie eigentlich interessierenden Fach hinzuwählen.

Es werden Pläne in NRW vorgestellt, denen zufolge das Lehramtsstudium erst an einen fachspezifischen Abschluss als Bachelor angehängt werden soll. Es ist unklar, wie sich dies mit der Ausbildung in zwei Fächern vereinbaren lässt. Eine Mehrheit der Teilnehmer ist gegen dieses Vorhaben. Es entspannt sich eine Diskussion über die unterschiedliche Zahl und die Verteilung der SWS in der Fachausbildung (Sek II) in den Ländern (Bayern: 80 SWS, NRW: 60 SWS, Bremen: 55 SWS inklusive Fachdidaktik). Herr Enß weist auf den engen Zeitrahmen und den mangelnden frühzeitigen Kontakt von LA-Studierenden mit der Schule hin, den ein vorgeschobener Bachelor-Abschluss zur Folge hätte.

Frau Reiss weist noch einmal darauf hin, dass eine Verzahnung von fachlicher Ausbildung und Fachdidaktik wichtig ist und plädiert für Schulpraktika unter fachlicher Aufsicht.

Für eine Resolution gegen das Vorhaben, dem Lehramtsstudium eine Ausbildung zum Bachelor voranzustellen, ist etwa die Häfte der Teilnehmer, viele Teilnehmer enthalten sich. Herr Enß bittet um einen Resolutionsentwurf.

TOP 9: Multimediale Unterstützung der Lehre

Herr Enß fragt nach Projekten, die zur Ergänzung und Unterstützung der Präsenzlehre der Mathematik, insbesondere auch im Service dienen sollen. Vorhaben, die nicht nur übliche Materialien über das Netz zugänglich machen, sondern auch die neuen didaktischen Möglichkeiten nutzen, scheinen noch ganz am Anfang zu stehen.

TOP 10: Math-Net-Projekt

Herr Kallies stellt die Internetseiten des Math-Net-Projektes vor. Das Ziel ist die Gestaltung einheitlicher Seiten als „Zweitseite". Einzelheiten können unter `www.math-net.org` gefunden werden. Herr Kallies bittet um die Nennung eines Fachinformationsbeauftragten in jedem Fachbereich, der den Kontakt zu Math-Net hält.

TOP 11: Statistik über Studiendauer und Anfängerzahlen

Den Teilnehmern lagen Listen vor, die die Entwicklung der Anfängerzahlen und der Studiendauern an den einzelnen Hochschulen von 1993 bis 2001 darstellen. Herr Enß stellte bezüglich der vorliegenden Anfängerzahlen eine im Schnitt positive Tendenz fest. Er bat um die Angabe realistischer Zahlen, die den mitunter großen Anteil an Scheinstudenten im Fach Mathematik eliminieren. Die Zahlen der Verwaltungen seien in diesem Sinne für die KMathF ungeeignet.

TOP 12: Kassenbericht, Entlastung des Sprechers und seines Stellvertreters

Herr Hertel berichtet, dass das Fehlen zweier Belege auf der letztjährigen Sitzung in Dresden inzwischen geklärt werden konnte. Alle Ausgaben und Einnahmen des vorliegenden Kassenberichtes seien überprüft und durch Belege nachgewiesen worden. Aufgrund ungewöhnlich geringer Reisekosten, sei das letzte Jahr recht "billig"gewesen. Ein großer Teil der Fachbereiche habe den fälligen Jahresbeitrag bis zum März noch nicht entrichtet gehabt. Das Plenum entlastet den Sprecher und seinen Stellvertreter in allen Punkten durch Akklamation.

Im Zuge der Währungsumstellung wurde der Jahresbeitrag auf 25 Euro festgelegt.

TOP 13: Wahlen (Sprecher und Beirat)

Frau Kersten wurde als einzige Kandidatin und, abgesehen von der eigenen Enthaltung, einstimmig, durch öffentliche Abstimmung zur neuen Sprecherin der KMathF gewählt. Ihr Amt beginnt am 1. Oktober 2001 und dauert zwei Jahre. Sie nahm die Wahl an. Herr Enß wird in dieser Zeit gemäß der Satzung das Amt des stellvertretenden Sprechers übernehmen.

Bei den Beiratswahlen kandidierten Herr Matzat und Herr Gekeler erneut, Herr Christoph aus Magdeburg zum ersten Mal. Die drei Kandidaten wurden ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen (mit Ausnahme ihrer eigenen) in offener Abstimmung gewählt und nahmen die Wahl an.

TOP 14: Entwicklung in den Ländern (Berichte aus den Fachbereichen)

Die schriftlich eingegangenen Berichte lagen den Teilnehmern vor.

Frau Kersten berichtete von einer erfolgreichen Ausstellung in der Sparkasse Göttingen mit dem Titel MathematiKeramiK. Es bestehe die Möglichkeit, diese Ausstellung auch in andere Städte zu holen.

Von dem Vertreter Gießens wurde berichtet, dass die Mathematik zusammen mit der Geographie, der Informatik und der Physik zu einem Fachbereich zusammengeschlossen würde. Es wurde beschlossen, dass weiterhin der übergeordnete Fachbereich oder die Fakultät Mitglied der KMathF bleibt. Die Vertreter des Fachbereichs in der KMathF sollten jedoch zweckmäßigerweise immer Mathematiker sein. Es wurde vorgeschlagen, in Zukunft eine entsprechende Formulierung in den Einladungen zur Plenarsitzung zu wählen.

TOP 15: Verabschiedung von Resolutionen

Die Resolutionen zum Habilitationsrecht und zur Juniorprofessur wurden jeweils mit einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Die Resolution zur Lehrerbildung wurde inhaltlich eingehend diskutiert und mit fünf Enthaltungen und einer Gegenstimme beschlossen. Der Wortlaut wurde nach der Sitzung fixiert.

Für die Texte der Resolutionen siehe die nächste Seite.

TOP 16: Verschiedenes

Es lagen keine Wortmeldungen vor. Der Termin für die nächste Plenarsitzung wurde auf Samstag den 11. Mai 2002 in Göttingen festgelegt.

gez. Volker Enß

Konferenz der Mathematischen Fachbereiche
KMathF

Plenarversammlung 2001

Resolution zur Lehrerbildung

Die KMathF unterstützt die Positionen zur Lehrerbildung, die in der von der Deutschen Mathematiker-Vereinigung (DMV) und der Gesellschaft für Didaktik der Mathematik (GDM) gemeinsam herausgegebenen Denkschrift mit dem Titel *Vorschläge zur Ausbildung von Mathematiklehrerinnen und -lehrern für das Lehramt an Gymnasien in Deutschland* enthalten sind.

Eine Aufteilung des Lehramtsstudiums in ein sechssemestriges Fachstudium mit Bachelorabschluß und ein anschließendes etwa viersemestriges Studium mit Schwerpunkt Didaktik, wie sie derzeit in einigen Länderministerien diskutiert wird, lehnt die KMathF mit großem Nachdruck ab, denn das machte insbesondere die notwendige enge Verzahnung des Fachstudiums mit schulbezogenen fachdidaktischen Lehrveranstaltungen unmöglich.

Resolution zum Habilitationsrecht

Die KMathF befürwortet die Beibehaltung der Habilitation oder einer äquivalenten wissenschaftlichen Leistung als Einstellungsvoraussetzung für Hochschullehrer im Bereich Mathematik. Sie spricht sich vehement gegen ein Verbot der Habilitation aus.

Resolution zur Juniorprofessur

Die KMathF sieht die Einführung von Juniorprofessuren mit Skepsis. Augenblicklich ist nicht erkennbar, wie bei dem neuen Modell die erlebten Misserfolge bei der Einführung von Assistenzprofessuren und bei der Überleitungswelle (vor ausreichender wissenschaftlicher Qualifikation der Kandidaten) vermieden werden können. Im Bereich Mathematik wäre es sehr viel sinnvoller, statt Juniorprofessuren für promovierte Mitarbeiter ausreichend C2-Stellen auf Zeit für habilitierte Kollegen einzurichten.